



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/201 - 1. September 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 888 890

Nach der Rückkehr von Haas	S. 1
Italien's Kampf gegen die "Misericordia"	S. 3
<u>Abschlussartikel</u> : 5. September: Beginn des Kampfes um die Rentenreform	S. 5

## Russlandpolitik und Wahljahr

FR. Die harte Auseinandersetzung zwischen Bonn und Moskau ist in dem Augenblick zu einem politischen Konflikt erster Ordnung geworden, in dem Botschafter Haas seinen Rückflug nach Moskau wieder angetreten hatte - keine beneidenswerte Situation für ihn. Die Granate mit der bisher stärksten Brisanz in diesem diplomatischen Schiesskrieg war die Erklärung der Bundesregierung gegen die Stellungnahme der KPdSU zum Verbot der KP in der Bundesrepublik. Haas hat den Auftrag, die in wenigen Tagen endgültig fertiggestellte Note der Bundesregierung an die vier Grossmächte - die in Wahrheit eine Note der drei Westmächte und der Bundesregierung an Moskau ist - bei ihrer Überreichung mündlich zu erläutern, falls es gewünscht wird. Man kann sich ohne Mühe vorstellen, in welcher eisigen Atmosphäre dies unter den gewaltigen Umständen geschehen dürfte. Haas selbst hat übrigens vor seinem Abflug nach Moskau auf die Frage, ob der Initiative der Bundesregierung eine neue Konzeption in der Wiedervereinigungspolitik zugrunde liegt, geantwortet, es werde sich um eine Präzisierung des bekannten Standpunktes der Bundesregierung handeln. Es wird also das alte Angebot in einer wesentlich verschlechterten politischen Umwelt wiederholt. Was dabei herauskommen kann, ist ziemlich klar.

Der Botschafter hat sich bei dieser Gelegenheit gegen die Darstellung eines Journalisten gewandt, nach der er, Haas, sich in Moskau diesem Besucher gegenüber über mangelnde Unterstützung seiner Arbeit durch die Bundesregierung beschwert habe, - den Sachverhalt etwas

summarisch und beschönigend ausgedrückt. Ungefähr alles, was in jener Darstellung erzählt wurde, sei entstellt, falsch oder objektiv unwahr, sagte Haas jetzt. Man kann sich gut vorstellen, wie entsetzt der Botschafter über diesen äusserst farschen Bericht gewesen sein mag, den er später als Niederschlag seiner Unterhaltung mit diesem ihm vom Auswärtigen Amt empfohlenen Zeitungsmann zu Gesicht bekam. Der Kanzler ist dem auch sehr indigniert gewesen und der Hinweis des Botschafters, er habe den Kanzler wegen dessen Urlaubs nicht sprechen können, ist angesichts des Abstechers Adenauers zum Kölner Katholikentag und dem allgemeinen Taubenschlag-Betrieb auf Bühlerhöhe wenig überzeugend.

Die Beziehungen zwischen Bonn und Moskau sind jedenfalls gegenwärtig so schlecht, wie nie zuvor. Der Krach ist da und es ist ziemlich zwecklos, seiner Entstehung nachzuspüren. Vielleicht war Moskau, dessen Truppen unweit von Lübeck und Kassel stehen, und das mit seiner Zustimmung zu einer friedlichen Wiedervereinigung in Freiheit schliesslich einiges zu bieten hätte, so vermessend, zu glauben, Bonn werde besonders pedantisch auf die Einhaltung gegebener Zusagen achten, wieder, freundschaftliche Beziehungen zu pflegen und die Möglichkeiten eines Wirtschaftsabkommens zu prüfen. In dieser Erwartung sahen sich die Sowjets jedenfalls enttäuscht. Sie reagierten entsprechend scharf, weil sie sich nach Herausgabe der deutschen Kriegsgefangenen um jede Gegenleistung geprellt sahen, und sie gingen dabei, was äusserst bedauerlich ist, so weit, dass sie ihrerseits ein feierlich gegebenes Wort Bulganins, das der Rückführung der deutschen Staatsangehörigen galt, vergessen zu haben scheinen. Das alles ist denkbar unerfreulich.

Ist es das auch für die Bundesregierung? Ihre Russlandpolitik seit dem Moskauer Besuch im vorigen Herbst lässt diese Frage durchaus berechtigt erscheinen. Diese Politik ist von sehr vielen Seiten als unverständlich angesehen und kritisiert worden, durchaus nicht nur in der SPD. Wenn die Regierung es trotzdem - in Wechselwirkung mit entsprechenden unausbleiblichen Reaktionen Moskaus - fertiggebracht hat, in knapp einem Jahr das Verhältnis zur Sowjetunion auf den gegenwärtigen Stand unverhüllter politischer Gegnerschaft zurückzuentwickeln, dann fragt

man sich natürlich, weshalb Bonn so taktiert hat. -

Hier soll nur eine von mehreren Möglichkeiten genannt werden: das innenpolitische Interesse an seiner solchen Entwicklung im letzten Jahr vor den Wahlen zum nächsten Bundestag. Die Formeln aus der Begriffswelt des grossen Entspannungsvorhabens passen unglaublich schlechter in das unbewegliche gesamtpolitische Konzept des Bundeskanzlers, als die des Kalten Krieges - man denke nur an den Aufbau der Bundeswehr in Eilzugtempo. Das Schreckgespenst des waffenstarrenden und des die Bundesrepublik bedrohenden Bolschewismus war ein Hauptrequisit aus dem Arsenal der Propagandawaffen für 1953. Darauf verzichtet man offenbar ungern, noch dazu in einer Situation, die so viel ungünstiger geworden ist, als sie für die Partei des Kanzlers damals war. So ist eine Atmosphäre entstanden, die man unter diesem Aspekt vielleicht nicht ungern sieht, oder sogar braucht, ein Klima, das der Kanzler selbst in einer unvorsichtigen Minute mit der Definition der Sowjetunion als dem "Fol-Feind" beschrieb. Etwas anderes ist es, ob diese Überlegung von psychologisch richtigen Voraussetzungen ausgeht. Das Bewusstsein einer veränderten politischen Grundsituation ist vermutlich sehr viel weiter verbreitet, als man in Anbetracht um den Kanzler heute noch annimmt.

Mit unglaublichem Staunen erinnern sich die Menschen, hier wie dort, wie sich vor noch nicht einem Jahr in einer grossen Gasse im Bolschoi-Theater in Moskau die Hände des Bundeskanzlers auf Bulganins Schulter legten und sich, ein andermal, über den Verhandlungstisch hinweg, mit betonter Feierlichkeit, den russischen Verhandlungspartner entgegenstreckten. Und die Menschen wähen sich vorgeblich ab, dahinterzukommen, was für schreckliche Ereignisse denn eigentlich inzwischen eingetreten sind, die diesen radikalen Wandel zum Schlechten herbeigeführt haben. Aber vielleicht gibt der Blick in die Zukunft, eben auf die Bundestagswahl 1957, eher Aufschluss als ein Blick in die Vergangenheit.

Ein erschütterndes Bild von Elend und Not

EE - Rom, Anfang September

Nach Beendigung der sommerlichen Ferien beginnt die Regierung Segni jetzt mit den ersten ernsthaften Massregeln zur Verwirklichung des grossen Arbeitsbeschaffungsplanes, den der verstorbene Bilanzminister Ezio Vanoni ausgearbeitet hat und der seinen Namen trägt. Dieser "Vanoni-plan" zielt darauf ab, im Laufe der nächsten zehn Jahre durch eine organisches durchdachte Erhöhung der Produktivität auf allen Gebieten der italienischen Wirtschaft, vor allem aber durch grosse Kapitalinvestitionen in sämtlichen Sektoren, zu denen auch das Ausland beitragen soll, den in Italien noch niemals erreichten Zustand der Vollbeschäftigung herbeizuführen und damit das seit Jahrhunderten, ja seit Jahrtausenden wie eine schleichende Krankheit herrschende Elend endgültig auszumerzen.

Dieses Phänomen der "Miseria", des bitteren Elends, von dessen Ausmassen sich bis vor kurzem sogar im Lande selbst nur die wenigsten eine klare Vorstellung machen konnten, ist vor einigen Jahren von einer Kommission der italienischen Deputiertenkammer mit noch nie zuvor erreichter Gründlichkeit untersucht und durchleuchtet worden. Der Bericht dieser Untersuchungskommission, die unter dem Vorsitz und unter dem massgeblichen Einfluss sozialdemokratischer Kernmitglieder arbeitete, ist im Druck veröffentlicht worden und umfasst nicht weniger als vierzehn Bände. Er stellt ein soziologisches und zeitgeschichtliches Dokument ersten Ranges dar und wird für die nächste Zukunft die Grundlage für alle zu planenden wirtschaftlichen und sozialen Reformen zu dienen haben.

12 von 46 Millionen an der Existenzgrenze

Aus der gewaltigen Fülle von Tatsachen, aus denen sich der Bericht zusammensetzt, können hier nur ein paar der eindringlichsten angeführt werden. So etwa der Umstand, dass von den rund 46 Millionen Italienern an die 12 Millionen in einem Zustand leben, der von der äussersten Not bis zur Bedürftigkeit reicht, jedenfalls aber erheblich unter dem Lebensstandard liegt, der für zivilisierte Nationen als das Existenzminimum angesehen werden muss.

Man hat diese und viele andere Ziffern errechnet, indem man, nach der heute allgemein üblicher amerikanischen Methode des "repräsentativen Querschnitts", ein "Master" der Gesamtbevölkerung konstruierte

und dieses durch geschulte Fachleute einer eingehenden Befragung unterzogen. In 37 über das ganze Land verstreuten Ortschaften wurden insgesamt rund 1800 Familien auf ihre Lebensverhältnisse hin untersucht und sodann die hieraus sich ergebenden Daten auf die Gesamtbevölkerung zurückgerechnet.

Hierbei ergab es sich, dass nahezu drei Millionen Familien in stark überbelegten Wohnungen hausen, wobei nahezu eine Million mit einem Wohnbelag von mehr als vier Personen je Raum auskommen muss. Der Bericht beschreibt als Grenzfall eine kernköpfige neapolitanische Familie, bestehend aus Eltern, erwachsenen Söhnen mit ihren Frauen und Bräuten, halbwüchsigen Kindern und einem Neugeborenen, die allesamt in einem einfenstrigen Zimmer mit einem offenen Feuer als Kochgelegenheit und ohne jede sanitäre Einrichtung hausen. An die hunderttausend Familien bewohnen Höhlen oder Baracken, ebensoviele haben in Kellern, Dachstühlen und Lagerschuppen Unterschlupf gefunden.

Ohne Fleisch, ohne Zucker, ohne Wein...

Beinahe viereinhalb Millionen Familien, das heißt beinahe ein Drittel der Gesamtbevölkerung Italiens, sind so arm, dass sie sich niemals Fleisch kaufen können, und weitere drei Millionen Familien bringen es nur auf eine Fleischmahlzeit in der Woche. Eindreiviertel Millionen Familien können sich niemals Zucker leisten, und dreieinhalb Millionen Familien müssen restlos auf den Genuss von Wein verzichten, der doch im Süden angesichts seiner Billigkeit stets als fast unentbehrliches Nationalgetränk galt. Relativ besser sieht es mit der Beschuhung aus: Unter diesem Gesichtspunkt rangieren "nur" 380 000 Familien unter den Allerärmsten.

Diese Zahlen erscheinen erst dann in ihrer vollen, bestürzenden Bedeutung, wenn man bedenkt, wie relativ gering die Kriegszerstörungen in Italien gewesen sind, wie ausgiebig schon seit 1944 die amerikanische Hilfe ins Land strömte und welche gewaltige Beträge der italienische Staat nun schon seit einer langen Reihe von Jahren für soziale Zwecke aufwendet.

Als Ursache der Notlage aber ergab sich beinahe in allen Fällen die totale oder teilweise Arbeitslosigkeit des Familienerbhauptes oder seiner erwachsenen Kinder. So stellte es sich heraus, dass in

manchen Gegenden Südtaliens der durchschnittliche Arbeiter, auch wenn er "beschäftigt" ist, es nur auf insgesamt 68 bezahlte Arbeitstage im Jahr bringt, so dass in diesen Gegenden die durchschnittliche Familie mit einem Einkommen leben muss, das auf den Monat berechnet rund 10 000 Lire beträgt, also 70 DM.

Es ist klar, dass nur eine einschneidende strukturelle Wandlung in den Wirtschaftsverhältnissen Südtaliens hier eine Besserung bringen kann, und diese bildet denn auch das eigentliche Fernziel des "Vanoriplans". Ob dieser mit mehr oder minder Erfolg zu verwirklichen sein wird, dürfte weitgehend über die soziale und politische Zukunft Italiens entscheiden.

\* \* \*

#### Vor schweren Entscheidungen

H.R. Bange Sorgen und quälende Ungewissheit sind in weiten Kreisen der Rentner zu verzeichnen. Nur wenige Tage trennen uns noch vom 5. September, dem Beginn der Ausschussberatungen über die Gesetzentwürfe zur Neuordnung der Rentenversicherung. Beraten werden sollen der am 18.4. ds. Jrs. von der SPD-Bundestagsfraktion eingebrachte Entwurf und der nach langem Hin und Her am 23. Mai 1956 dem Parlament vorgelegte Regierungsentwurf. Beide Entwürfe waren nach stürmischen Debatten in den letzten Wochen vor den Parlamentsferien dem zuständigen Sozialpolitischen Ausschuss des Bundestages zur weiteren Beratung überwiesen worden.

Vom Ausgang dieser Beratungen wird es abhängen, ob die ca. 6 Millionen Rentner und deren Angehörige in der Bundesrepublik nun endlich die schon lange fälligen Verbesserungen erhalten werden. Die Aussichten hierfür stehen nicht gerade zum besten. Die Beratungen der Rentenentwürfe werden, wie schon jetzt vorauszusehen ist, äusserst schwierig und von harten Auseinandersetzungen begleitet sein, vor allem deswegen, weil der Entwurf der Bundesregierung in der Tat, so wie es schon öfter nachgewiesen wurde, als völlig unzureichend betrachtet werden muss. Die Mehrzahl der in den letzten Wochen aus Fachkreisen und in Fachzeitschriften veröffentlichten Kritiken bestätigen diese Auffassung.

Untersucht man aber, warum die Mehrzahl der Kritiken vorgebracht wurde, so muss man mit aller schonungslosen Offenheit feststellen: Es

gibt in der Bundesrepublik Kreise von Interessenten, die weit bis in das Lager der CDU/CSU ihren Einfluss ausüben, denen an einer raschen und durchgreifenden Rentenreform nichts gelegen ist. Sie möchten das Rad der Geschichte zurückdrehen und argumentieren gegen die geplante Rentenreform mit den bekannten Schlagwörtern wie "Gefahr für die Währung", "Ansteigen der Soziallasten", "Wohlfahrtsstaat" und dergl. Dass diese Interessen im Gegensatz zum Wohle der Rentner stehen, weiss man und liegt bei dem politischen und wirtschaftlichen Standort dieser Kreise fast in der Natur der Sache. Nicht einer dieser Kritiker hat mit den geäusserten Bedenken zugleich einen besseren Weg gewiesen. Man beschränkt sich auf die Negation, in der Hoffnung, die nun in das entscheidende Stadium tretenden Beratungen noch zu den eigenen Gunsten gegen die Interessen der Rentner beeinflussen zu können.

Wird aber wirklich einmal der Ansatz zu einem Vorschlag gemacht, so stellt sich heraus, dass dieser günstigenfalls auf eine Neuauflage irgendeines Sonderzulagengesetzes hinausläuft. Es ist daher auch nicht verwunderlich, wenn die bisher bekannt gewordenen "Kritiken" sich fast ausnahmslos über das Vorhandensein des wesentlich konsequenteren und besser durchdachten Entwurfs der SPD ausschweigen, statt den Rentnern auch gleichzeitig zu sagen, dass die SPD nicht nur den Regierungsentwurf in der jetzigen Fassung ablehnt, sondern einen verwirklichungsreifen eigenen Entwurf dem Parlament vorlegte.

Es verwundert uns auch daher nicht, wenn die Vertreter der CDU/CSU sich bisher gerade wegen ihrer Abhängigkeit von diesen Interessentenkreisen und wegen der bei allen Kundigen und mit der Materie Vertrauten als absolut unzureichend empfundenen Vorlage der Regierung ausgeschwiegen haben. Es fällt eben schwer, einen Entwurf zu verteidigen, von dem man weiss, wie mangelhaft er ist. Die Abgeordneten der CDU/CSU befinden sich in einer fatalen Situation. Die kommenden Beratungen werden zeigen, ob ihnen ernsthaft an einer durchgreifenden Rentenreform gelegen ist und sie sich angesichts des unzulänglichen Regierungsentwurfs zum Wohle der Rentner den Entwurf der SPD zu eigen machen werden.